

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/006(IV)/05			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 18.02.2005	Neues Rathaus Konferenzraum I	15:00Uhr	17:15Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften Verwaltungsausschuss vom 17. 12. 2004 und 07. 01. 2005
- 4 Beschlussvorlagen
 - 4.1 Übertragung der Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft an den Träger Independent Living
Vorlage: DS0862/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
 - 4.2 Übertragung einer Kindertageseinrichtung in freie Trägerschaft "Die Brücke Magdeburg" e. V.
Vorlage: DS0863/04
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit

- 4.3 Wahl des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg
Vorlage: DS0724/04
dazu Änderungsantrag DS0724/04/1
WV Stadtrat 04. 11. 2004
BE: Bürgermeister
- 4.4 Wahl des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr der
Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0048/05
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5 Informationen
- 5.1 Produkthaushalt der Landeshauptstadt Magdeburg - Ausweis von
Politikkosten
Vorlage: I0023/05
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Anträge
- 6.1 Haushaltsplan 2005
- Haushaltssatzung 2005
- Finanzplan bis 2008
- Stellenplan 2005
Vorlage: DS0639/04/9/3

WV Stadtrat 06. 12. 2004
dazu: Stellungnahme S0013/05
Interkommunale Zusammenarbeit
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 7 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Tagesordnung zu.

3. Genehmigung der Niederschriften Verwaltungsausschuss vom
17. 12. 2004 und 07. 01. 2005

Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 17. 12. 2004

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Niederschrift einstimmig zu.

Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 07. 01. 2005

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, berichtet über eine ihm gegebene Information, dass seitens des Theaters der Abschluss eines Haustarifvertrages abgelehnt wird und hinterfragt den tatsächlichen Sachstand hierzu.

Zur selben Thematik liegt eine schriftliche Anfrage der Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, vor:

Anfrage F0048/05:

Maßnahmen zur Regulierung des strukturellen Defizits am Theater Magdeburg - Haustarif

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Stadtrat hat in zwei Beratungen Beschlüsse zur Regulierung des Defizits des Theaters Magdeburg gefasst.

Eine Arbeitsgruppe unter Ihrer Leitung hat getagt und Arbeitswege aufgezeigt, Positionen bestärkt.

Zum Abschließen von Haustarifverträgen nehmen Sie in der Begründung zur DS 0831/04 (Seiten 14 und 15) eine eher ablehnende Haltung ein, weil es mehrere Partner geben müsse, manches nicht ginge,und die „erzielbaren Margen für die Bewältigung des ... Defizites nicht ausreichen würden“.

Es gibt aber, wie Ihnen durch die Diskussionen zur Drucksache bekannt geworden ist, das Angebot der Mitarbeiter einzelner Bereiche / des Personalrates dazu.

In dem den Fraktionen ausgereichten Vermerk über die Sitzung der Arbeitsgruppe am 20.12.2004, deren Tätigkeit der Stadtrat per Beschluss einforderte, ist nachzulesen, dass der Verwaltungsdirektor Herr Ruppert die dringliche Beschlussfassung des Stadtrates zur Drucksache im Januar 2005 erwartet, damit Fristen sowohl für etwaige Kündigungen als auch für den Abschluss von Tarifverträgen eingehalten werden können.

An anderer Stelle ist ausgeführt (Aussage Herr Ruppert): „...Kombimodell ... In Kombination mit einem abzuschließenden Haustarifvertrag ließe sich ... ein Einsparergebnis ... darstellen...“

Und an weiterer Stelle (Zusammenfassung Oberbürgermeister) ist nachzulesen:

„...betriebsbedingte Kündigungen nur als letztes Mittel...“

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir nachfolgende Fragen an Sie als den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses und Oberbürgermeister und bitte um umfassende Beantwortung:

Wie weit sind die Vorbereitungen zu Verhandlungen gediehen, welche Partner werden sich zusammen finden, wann finden Verhandlungen statt? Sind Mitarbeiter aus dem Rechtsamt eingebunden?

Kann es sein, dass Äußerungen aus dem Theater zutreffen, wonach Intendant und Verwaltungsdirektor nicht bereit sein sollen zu solchen Tarifverhandlungen?

Wenn ja – was unternehmen Sie, damit den Intentionen des Stadtrates - personalwirtschaftliche Maßnahmen in allen städtischen Einrichtungen vor Entlassung – auch am Theater Magdeburg entsprochen wird?

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Stern sowie eingehend auf die vorliegende Anfrage informiert der Oberbürgermeister über ein ihm vorliegendes Anschreiben des Verwaltungsdirektors des Theaters Herrn Ruppert mit der Aussage, dass Tarifverhandlungen mit dem Orchester in Vorbereitung sind und der hierfür erforderliche Terminplan eingehalten wird. Über das Ergebnis werden die Fraktionen informiert.

Die ausführliche schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolgt durch die Verwaltung.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Niederschrift einstimmig zu.

4. Beschlussvorlagen

4.1. Übertragung der Kindertageseinrichtungen in freie Trägerschaft an den Träger Independent Living

Vorlage: DS0862/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Jugendamtes Herr Förster teil.

Stadtrat Meinecke, PDS-Fraktion, erklärt gem. § 31 GO LSA sein Mitwirkungsverbot und nimmt nicht an der Beratung und Abstimmung teil.

Zum Hinweis von Stadtrat Müller, PDS-Fraktion, auf die Unvollständigkeit der Anlage 2 der Drucksache verweist Herr Förster auf ein vorliegendes Austauschblatt, welches an alle Stadträtinnen und Stadträte ausgereicht wird.

Von Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, wird darauf verwiesen, dass es sich bei dem hier benannten freien Träger um einen Dachverband handelt und hinterfragt den Sitz des Betreibers.

Hierzu wird durch Herrn Förster informiert, dass der Betreiber eine Geschäftsstelle in Magdeburg unterhält.

Zur Nachfrage von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Verankerung der gesetzlich festgelegten Fünf-Jahres-Frist zur Rückübernahme informiert der ebenfalls anwesende Beigeordnete I Herr Platz, dass davon ausgegangen wird, dass vor Ablauf dieser Frist eine Genehmigung zur Verlängerung erteilt wird.

Herr Förster erläutert auf Nachfrage den auf Seite 8 der Drucksache genannten Sachverhalt einer zusätzlichen Verwaltungskraft im Amt 51.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, hinterfragt bezugnehmend auf den Fakt, dass es sich bei diesem Träger um einen Dachverband handelt, an wen direkt eine Übertragung erfolgt. Bezüglich der Verringerung des Verwaltungspersonals im Ergebnis der Übertragungen bittet er um Vorlage aktueller Zahlen.

Hierzu wird durch Herrn Förster ausgeführt, dass nach Beschlussfassung des Stadtrates zur Übertragung an den Träger dieser eine Gesellschaft mit Sitz in Magdeburg gründen wird. Dies ist im Übertragungsvertrag auch so dargestellt, d.h. Vertragspartner ist dann die GmbH.

Stadtrat Schwenke, CDU-Fraktion, informiert abschließend, dass der Jugendhilfeausschuss der Übertragung einstimmig zugestimmt hat.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, die DS0862/04 in seiner Sitzung am 10. 03. 2005 zu beschließen.

4.2. Übertragung einer Kindertageseinrichtung in freie Trägerschaft
"Die Brücke Magdeburg" e. V.
Vorlage: DS0863/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Leiter des Jugendamtes Herr Förster teil.

Zur Nachfrage von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinsichtlich der Erforderlichkeit der Befassung des Ausschusses für Bildung, Schule und Sport mit dieser Übertragung verweist Herr Förster darauf, dass es sich hierbei um die Übertragung einer Horteinrichtung handelt.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0863/04 in seiner Sitzung am 07. 04. 2005 zu beschließen.

4.3. Wahl des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Magdeburg
Vorlage: DS0724/04

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

Als Gäste sind die Vertreterinnen der Stadtparkasse Frau Illies und Frau Riehn anwesend.

In seinen erläuternden Ausführungen informiert der Bürgermeister, dass im Zuge der weiteren Diskussion zur Drucksache zur Klärung grundsätzlicher Fragen die Fachaufsicht eingeschaltet wurde. Die hierzu abgegebene abschließende Stellungnahme des Ministeriums der Finanzen LSA wurde allen Mitgliedern des Verwaltungsausschusses ausgereicht und stellt u.a. klar, dass bei der Wahl des Verwaltungsrates das Hare-Niemeyer-Verfahren Anwendung findet.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, bezeichnet die vorliegende Stellungnahme als eindeutig. Unter Bezugnahme auf die Ausführungen in diesem Schreiben zu Punkt 3 bittet er den Oberbürgermeister eine Zurückziehung der Drucksache in Betracht zu ziehen und entsprechende Namensnennungen zu entfernen. Hierzu sollte den Fraktionen die Möglichkeit der Anhörung eingeräumt werden.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Drucksache keinerlei Namensnennungen beinhaltet, da diese seitens der Fraktionen erfolgen. Die Entscheidungsbefugnis hierfür obliegt dem Stadtrat.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, nimmt Bezug auf die Ausführungen im Punkt 4 hinsichtlich der erforderlichen Sachkunde als Wählbarkeitsvoraussetzung und hinterfragt die hierfür anzusetzenden Maßstäbe.

Hierzu legt der Oberbürgermeister dar, dass dies ebenfalls in der Entscheidung der Fraktionen liegt und diese die Maßstäbe für die erforderliche Sachkundigkeit selbst definieren müssen.

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, verweist in diesem Zusammenhang auf bestehende gesetzliche Bestimmungen, aus denen der Terminus Sachkunde inhaltlich untersetzt werden kann.

Abschließend informiert der Oberbürgermeister, dass die Drucksache DS0724/04 Bestandteil der Tagesordnung des Stadtrates für den 10. 03. 2005 sein wird. Nach erfolgter Wahl im Stadtrat wird unverzüglich die Einladung zur ersten Sitzung des neuen Verwaltungsrates ergehen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt nach Kenntnisnahme des Antwortschreibens der Fachaufsicht und des damit eindeutigen Verfahrens dem Stadtrat, die DS0724/04 in seiner Sitzung am 10. 03. 2005 zu beschließen.

4.4. Wahl des Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr
der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0048/05

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

In seinen Ausführungen verweist der Beigeordnete I darauf, dass die vorgelegte Drucksache im Ergebnis von zwei Zusammenkünften der Findungskommission erarbeitet wurde. Als Entscheidungsgrundlage werden vier infrage kommende Bewerber vorgeschlagen.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt Bezug auf das Kriterium des Wahlzeitraumes und hinterfragt die Möglichkeit einer Klage von Mitbewerbern hinsichtlich des kürzeren Wahlzeitraumes eines der vorgeschlagenen Bewerber.

Hierzu informiert der Beigeordnete I, dass die Frage bereits rechtlich geprüft wurde. Im Ergebnis konnte festgestellt werden, dass dies kein Hinderungsgrund sei, sich für einen Bewerber mit einer verkürzten Wahlzeit zu entscheiden. Für eine diesbezügliche Klage besteht keine Erfolgsaussicht.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme und ohne Enthaltung dem Stadtrat, die DS0048/05 in seiner Sitzung am 10. 03. 2005 zu beschließen.

Hinweis: Stadträtin Paqué verlässt gegen 16.15 Uhr die Sitzung

5. Informationen

5.1. Produkthaushalt der Landeshauptstadt Magdeburg - Ausweis von
Politikkosten
Vorlage: I0023/05

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Czogalla teil.

In seinen erläuternden Ausführungen zur Information nimmt der Bürgermeister Bezug auf den Stadtratsbeschluss zur Einführung eines Produkthaushaltes. In seinen weiteren Erläuterungen zur Umsetzung des Stadtratsbeschlusses geht er auf die beiden speziellen Projekte LEIPOS (Erfassung der Leistungen aller Mitarbeiter) und EPOS (Projekt zur Produktdefinierung und Zuordnung der Leistungen) ein. Er verweist darauf, dass innerhalb der Verwaltung die Produkte zu 80 % bereits definiert wurden und nunmehr ergänzend auch die Erfassung der Politikkosten einbezogen werden muss. Bundesweit werden die Produkthaushalte einschließlich dieser Kosten aufgebaut. Bestandteil einer umfassenden Kosten-Leistungs-Rechnung müssen auch die anfallenden Kosten aus den Fraktionsgeschäftsstellen sein. Insbesondere verweist er darauf, dass die Einführung der Doppik bis zum Jahr 2009 durch das Innenministerium festgeschrieben wurde. Die Einführung der gesamten Projekte ist dafür Voraussetzung.

Der Bürgermeister bittet in diesem Zusammenhang um Kenntnisnahme der vorgelegten Information.

Ergänzend hierzu gibt der Oberbürgermeister klarstellende Hinweise und unterstreicht noch einmal die Zielstellung der Ausweisung von Politikkosten.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, nimmt Bezug auf diesbezügliche Diskussionen in anderen Ausschüssen zur Frage der Erfassung von Politikkosten und bittet in diesem Zusammenhang um eine mögliche Einsichtnahme in ein Kostenstellen- und Kostenträgerverzeichnis.

Der Bürgermeister verweist auf die bestehende Strategiegruppe, in der alle Fraktionen vertreten sind, in der die Vorstellung des Projektes erfolgt. Hinsichtlich der Bitte des Stadtrates Westphal legt er dar, dass dies noch nicht geleistet werden kann, da zunächst die Produktdefinierung sowie die Leistungszuordnung erfolgt. Er unterstreicht die Aussage des Oberbürgermeisters, dass nicht beabsichtigt wird, die einzelnen Fraktionen einer Kontrolle zu unterziehen. Es wird insgesamt eine Kostenstelle benannt, in der alle anfallenden Kosten zusammengefasst werden.

Stadträtin Frömert, PDS-Fraktion, unterstreicht die Ausführungen des Bürgermeisters und hält die Erfassung der Politikkosten für legitim in Vorbereitung der Einführung der Doppik. Der Stadtrat muss im Ergebnis Schlussfolgerungen ziehen können.

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Müller, PDS-Fraktion, hinsichtlich der Erfahrungen anderer vergleichbarer Städte verweist der Bürgermeister auf das Land Nordrhein-Westfalen als Vorreiter bei der Einführung der Doppik sowie die Stadt Salzgitter in Niedersachsen. Er führt aus, dass – wenn es von seiten der Fraktionen gewünscht sei – die entsprechenden Informationen zusammengestellt und den Fraktionen zugeleitet werden können.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6. Anträge

- 6.1. Haushaltsplan 2005
 - Haushaltssatzung 2005
 - Finanzplan bis 2008
 - Stellenplan 2005
 Vorlage: DS0639/04/9/3
-

Dieser Tagesordnungspunkt wird in Verbindung mit der vorliegenden Stellungnahme (TOP 6.1.1) auf die Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 03. 2005 vertagt.

6.1.1. Interkommunale Zusammenarbeit Vorlage: S0013/05

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, erklärt sich mit der vorgelegten Stellungnahme nicht einverstanden, da hier für ihn keine genauen Regelungen ersichtlich sind. Er legt seine Auffassung dar, dass sich in absehbarer Zeit z.B. bei Eingemeindungen sowie Bildung von Zweckverbänden keine Aktivitäten ergeben werden. Er spricht sich dafür aus, die Thematik der Zweckvereinbarungen in den Vordergrund zu stellen.

Der Beigeordnete I Herr Platz verweist auf die in der Stellungnahme der Stadt Magdeburg zum Stadt-Umland-Gutachten gegebene Aussage, nur mit weiteren Eingemeindungen die Stadt-Umland-Problematik lösen zu können und verweist auf eine entsprechende Stadtratsbeschlussfassung aus dem Jahre 2002. Er regt an, vor weitergehenden Diskussionen zunächst die gesetzlichen Regelungen für kommunale Neugliederungen abzuwarten.

Die weitere Diskussion zu dieser Thematik wird auf die Sondersitzung des Verwaltungsausschusses am 04. 03. 2005 vertagt.

7. Verschiedenes

7.1. PPP-Modell

Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, informiert über das Angebot des Beigeordneten IV Herrn Dr. Koch, dass PPP-Modell im Ausschuss für Bildung, Schule und Sport vorzustellen. Er regt an, diese Vorstellung in einer möglichen gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister informiert hierzu, dass diese Vorstellung dazu dienen soll, allen interessierten Stadträtinnen und Stadträten die inhaltlichen Ziele sowie das Verfahren des Modells zu erläutern und empfiehlt entsprechend seiner Festlegung in seiner Dienstberatung, dass sich der Ausschuss für Bildung, Schule und Sport federführend der Angelegenheit annehmen sollte.

7.2. Bördelandhalle

Zur Nachfrage von Stadtrat Schindehütte, CDU-Fraktion, hinsichtlich des neuesten Sachstandes erklärt der Oberbürgermeister, dass derzeit keine neuen Erkenntnisse vorliegen.

7.3. Bildung von Unterausschüssen bzw. Arbeitsgruppen des Verwaltungsausschusses

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf das Beratungsergebnis des Verwaltungsausschusses vom 29. 10. 2004, dass hinsichtlich der Unterausschussbildung eine Verständigung in den einzelnen Fraktionen vorgenommen werden sollte und hinterfragt den derzeitigen Sachstand.

Der Oberbürgermeister legt seine Auffassung dar, dass diese Unterausschüsse bzw. Arbeitsgruppen ein Instrument für die Arbeit der Stadträte im Verwaltungsausschuss sind. Er selbst sieht für seine Arbeit keinen Handlungsbedarf und hier initiativ die Fraktionen in der Pflicht.

Stadtrat Lischka spricht sich dafür aus, zu dieser Thematik eine interfraktionelle Verständigung vorzunehmen und die Problematik in der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 22. 04. 2005 nochmals zu thematisieren.

7.4. Bürgerinitiative „Frieden jetzt“

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, informiert über das Ziel der Initiative, eine dauerhafte Errichtung einer „Friedenstafel“ im Stadtzentrum vorzunehmen. Seitens seiner Fraktion wurde bereits Kontakt zur Bürgerinitiative aufgenommen. Er regt an, dass sich der Stadtrat zu diesem Anliegen bzgl. einer mehrheitlichen Positionierung verständigen sollte.

Durch den Oberbürgermeister wird ausgeführt, dass auf die Initiative bisher keine Reaktion erfolgte.

7.5. Ehrenbürgerin Angela Davis - Vorschlag des Bürgers Bütow im Stadtrat am 13. 01. 2005

Stadtrat Brüning, PDS-Fraktion, verweist auf die Anregung des Bürgers Bütow, der Ehrenbürgerin Davis anlässlich des Stadtjubiläums eine Einladung auszusprechen. Er sieht die mehrheitliche Auffassung des Stadtrates gegen eine diesbezügliche Einladung als eine Satzungswidrigkeit an.

Er hinterfragt die Bereitschaft des Oberbürgermeisters, eine Einladung auszusprechen, und verweist darauf, dass es noch weitere Initiativen aus der Einwohnerschaft für eine solche Einladung gibt.

Hierzu wird durch den Oberbürgermeister informiert, dass an den Ehrenbürger Igor Belikow eine entsprechende Einladung für die Zeit um den 3. Okt. 2005 ausgesprochen wurde, die dieser auch inzwischen angenommen hat. Eine Einladung an die Ehrenbürgerin Angela Davis wird durch ihn nur mit einer Zustimmung seitens des Stadtrates ausgesprochen.

Stadtrat Brüning unterbreitet den Vorschlag, hierzu eine interfraktionelle Verständigung herbeizuführen.

Hinweis: Ab 16.50 Uhr übernimmt der stellv. Ausschussvorsitzende Stadtrat Stern die Sitzungsleitung.

Stadtrat Westphal, Bü 90/Grüne, informiert in diesem Zusammenhang in seiner Funktion als Geschäftsführer der Kaiser-Otto-Stiftung umfassend über den Stand der Vorbereitungen des Empfanges des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt, des Festaktes im Dom und des OB-Empfanges zum 06./07. Mai 2005 und verweist darauf, dass eine Einladung von Ehrenbürgern erst zum Rathausfest am 03. 10. 2005 vorgesehen ist.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzende/r

Andrea Behne
Schriftführer/in

Anwesend:

Vorsitzende/r

Der Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Wigbert Schwenke

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Stadträtin Sabine Paqué

Stadträtin Regina Frömert

Beratende Mitglieder

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Michael Stage

Abwesend

Mitglieder des Gremiums

Stadträtin Jana Bork

Stadtrat Holger Franke